



Foto: dpa

## „Deutschlands Chancen nutzen“

**CDU und CSU haben ihr gemeinsames Regierungsprogramm vorgestellt. Es steht unter dem Titel „Deutschlands Chancen nutzen. – Wachstum. Arbeit. Sicherheit.“**

„Wir bitten um einen Regierungsauftrag“, erklärte die Unions-Kanzlerkandidatin Angela Merkel bei der

Vorstellung des Programms im Anschluss an die Vorstandssitzung von CDU und CSU, auf der es ohne Gegenstimme verabschiedet wurde. Die Union werde „Deutschlands Chancen nutzen“ und das enttäuschende „Weiter so“ der rot-grünen Bundesregierung beenden. „Deutschland braucht ▶

### INHALT

Volker Kauder:  
Eichels Phantastenhaus-  
halt: Ein unmoralisches  
Angebot

Seite 12-13

Dokumentation  
„Deutschlands Chancen  
nutzen – Wachstum.  
Arbeit. Sicherheit“  
Regierungsprogramm von  
CDU und CSU  
Innenteil

## HEUTE AKTUELL

■ Vorstellung des Regierungsprogramms: „Deutschlands Chancen nutzen“ (S. 1-3) ■ Günter Krings: Deutschlands Chancen für die Jugend nutzen (S.4) ■ Peter Götz: Strukturelle Entlastung der kommunalen Arbeitgeber (S. 4-5) ■ Maria Eichhorn: Union setzt auf nachhaltige Familienpolitik (S. 5-6) ■ Erwin Marschewski: Vertriebene, Spätaussiedler und deutsche Minderheiten haben von Rot-Grün nichts zu erwarten (S.6) ■ Flugblatt: „Deutschlands Chancen nutzen“ (S. 7) ■ Flugblatt: „Pressestimmen zum Regierungsprogramm der Union“ (S. 8) ■ Bertelsmann-Studie: Wo die Union regiert, geht es den Menschen besser (S.9-10) ■ Landesparteitag Niedersachsen: „Vorfahrt für Arbeit und Beschäftigung“ (S. 11) ■ Angela Merkel trifft Solana (S. 12) ■ Michael Meister: Manifest rot-grüner Hoffungslosigkeit (S. 13) ■ Nato-Parlament: Lamers zum Fraktionschef gewählt (S. 13)



CDU-Generalsekretär Volker Kauder und der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der Bundestagsfraktion Norbert Röttgen erarbeiteten das Regierungsprogramm auf CDU-Seite.



► einen Neuanfang mit Verlässlichkeit und Klarheit“, so die Kanzlerkandidatin. Neben dem demografischen Wandel stelle vor allem die Globalisierung Deutschland vor gewaltige Herausforderungen. Der Abwärtstrend könne gestoppt werden, wenn das Land einen konsequenten Kurs für Wachstum und Beschäftigung einschlägt, zeigte sich die CDU-Vorsitzende überzeugt. Deshalb bilde das Thema „Vorfahrt für Arbeit“ einen Schwerpunkt des Regierungsprogramms.

Ein Hebel, um die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse anzuheben, sei die Flexibilisierung des Arbeits-

marktes, versicherte die Kanzlerkandidatin. Außerdem müsse die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen gesteigert werden, indem die Lohnzusatzkosten gesenkt werden. Dazu wollen die Unionsparteien bereits zum 1. Januar 2006 die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 auf 4,5 Prozent senken. Im Gegenzug soll die Mehrwertsteuer von 16 auf 18 Prozent erhöht werden. In diesem Zusammenhang betonte die Vorsitzende, dass der ermäßigte Mehrwertsteuersatz für Güter und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs in vollem Umfang erhalten bleiben solle.

Außerdem kündigte Angela Merkel klare Struktur-

IMPRESSUM

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 02226-802-0, Telefax 02226-802-111-333. Vertrieb: Telefon 02226-802-213, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profflich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

formen sowohl bei der Bundesanstalt für Arbeit als auch im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung an. Insbesondere würden alle arbeitsmarktpolitischen Leistungen auf den Prüfstand gestellt. Was sich dabei als unwirksam und ineffizient herausstelle, werde abgeschafft, unterstrich die Partei- und Fraktionsvorsitzende.

Im Rahmen einer Steuerreform, die zum 1. Januar 2007 in Kraft treten soll, will die Union den Eingangssteuersatz von heute 15 auf 12 Prozent und den Spitzensteuersatz von 42 auf 39 Prozent senken. Das Steuersystem soll transparenter und gerechter werden.

Einen weiteren Schwerpunkt legen CDU und CSU in ihrem Regierungsprogramm auf die Familienpolitik. Ne-

ben einer nachhaltigen Haushaltspolitik zum Wohle späterer Generationen soll ein Kinderbonus in der Rentenversicherung eingeführt werden. Für jedes Kind, das nach dem 1. Januar 2007 geboren wird, soll eine Beitragsermäßigung von monatlich 50 Euro eingeführt werden.

Bayerns Ministerpräsident Stoiber sprach von einem „ehrliehen Wahlprogramm“: „Die Bürger wissen mit dem Unionsprogramm, was wir wann in Angriff nehmen, um unser Land wieder in Ordnung zu bringen“, erklärte der CSU-Vorsitzende. Zudem sei das Regierungsprogramm „voll durchgerechnet“ und „solide finanziert“. Damit sei es das „klare Gegenmodell zum Märchenprogramm der SPD mit ihren leeren Versprechungen“. Einer

Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU erteilte Stoiber eine klare Absage. Es sei unehrlich, auch gegenüber der Türkei, wenn Schröder und Fischer angesichts der Entwicklung der letzten Monate immer noch vom Ziel eines EU-Beitritts des Landes sprechen würden. Mit der privilegierten Partnerschaft habe die Union längst eine klare Alternative auf den Tisch gelegt. Mit Blick auf die islamistischen Anschläge in Madrid und in London plädierte der Ministerpräsident dafür, alle notwendigen Mittel zuzugreifen, um die Bürger bestmöglich vor Terror zu schützen. Dazu seien eine effektive Zusammenarbeit von Polizei und Verfassungsschutz zur Früherkennung von Terrorgefahren sowie eine Visa-Warndatei vonnöten.

Das Regierungsprogramm finden Sie zum Download als PDF-Dokument auf [www.regierungsprogramm.de](http://www.regierungsprogramm.de). Für Ihre Arbeit vor Ort finden Sie darüber hinausgehende Informationen im CDU-Mitgliedernetz. Unter [www.cdunet.de](http://www.cdunet.de) steht eine umfangreiche Analyse des Programms zum Download bereit. In dem Papier „Fragen und Antworten zum Regierungsprogramm“ finden Sie die Fragen beant-

wortet, mit denen Sie in Diskussionen konfrontiert werden könnten. Außerdem finden Sie im Mitgliedernetz eine Flugblattserie sowie eine Presseschau zum Programm.

Die in vergangenen Wahlkämpfen bewährten Argu-Karten werden gegenwärtig auf der Basis des Programms erarbeitet. Sie



finden Sie demnächst im Mitgliedernetz.

Das Regierungsprogramm können Sie auch als gedrucktes Exemplar im Versandzentrum bei

Arvato bestellen. Bestell-Nr. 5245, Preis je 50 Expl. 22,00 Euro zzgl. MwSt. Die Bestelladresse finden Sie auf den letzten Seiten des UID.

## Deutschlands Chancen für die Jugend nutzen

**Der Schaffung von Rahmenbedingungen für die Entstehung neuer Arbeitsplätze muss nach einem Regierungswechsel absoluter Vorrang eingeräumt werden. Daher ist es ein richtiger und wichtiger Schritt, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von derzeit 6,5 Prozent auf 4,5 Prozent zu senken.**

Somit werden die Lohnnebenkosten gesenkt und Arbeit wird wieder billiger. Nach sieben Jahren rot-grünen Stillstands und einer Rekordjugendarbeitslosigkeit von über einer halben Million junger Menschen unter 25 Jahren muss sofort gehandelt werden. Die Senkung der Lohnnebenkosten ist daher auch notwendig, um jungen Menschen in unserem Land wieder eine Perspektive zu geben.

Aber nicht nur dem einzelnen Jugendlichen müssen neue Chancen eröffnet werden, sondern auch den nachkommenden Generationen. Die angespannte Lage des Bundeshaushaltes zwingt sie in ein Korsett, in dem sie kaum noch einen eigenen Gestaltungsspielraum haben werden. Allein die Neu-



Günther Krings

verschuldung des Bundes ist seit 1999 um knapp 200 Milliarden Euro gestiegen. Pro Tag bezahlt der Bund über 100 Millionen Euro nur an Zinsen. Der Weg in den Verschuldungsstaat darf nicht länger beschritten werden. Das langfristige Ziel einer neuen unionsgeführten Bundesregierung muss daher zu Recht ein ausgeglichener Bundeshaushalt sein.

Die meisten jungen Menschen haben den Wunsch, eine eigene Familie zu gründen. Trotzdem rangiert Deutschland bei der Geburtenrate auf den hinteren Plätzen. Die rot-grüne Bundesregierung hat es in ihrer Amtszeit versäumt, ein kinderfreundliches Umfeld zu schaffen.

Die Union will hier gegensteuern. So wird der Grundfreibetrag auf 8000 Euro erhöht und ein Kindergrundfreibetrag von ebenfalls 8000 Euro eingeführt.

Außerdem soll es ab 2007 einen Kinderbonus in der Rentenversicherung geben. Jungen Familien muss der Staat das Signal geben, dass sie willkommen sind und von der Gesellschaft geachtet werden.

**Günther Krings** ist der Vorsitzende der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

## Strukturelle Entlastung der kommunalen Arbeitgeber

**Ein zentraler Bestandteil des Regierungsprogramms von CDU und CSU ist die Senkung der Beitragskosten für die Arbeitslosenversicherung. Mit der Erreichung des obersten Zielles der Union, Stärkung der Wirtschaftskraft und Schaffung zukunftsträchtiger Arbeitsplätze, werden damit auch die Kommunen und kommunalen Unternehmen als Arbeitgeber bei den Lohnnebenkosten deutlich entlastet.**

Das rasante Anwachsen der kommunalen Kassenkredite in Höhe von 20,1 Mrd. Euro (1998: 5,8 Mrd. Euro) zeigt deutlich, dass die Verwaltungshaushalte der Städte, Gemeinden und Landkreise diese Entlastung bei



Peter Götz

den Lohnnebenkosten dringend benötigen.

Damit bricht die Union mit der Linie der rot-grünen Bundesregierung, die seit 1998 kontinuierlich die eigenen Gestaltungsspielräume auf Kosten der Kommunen ausweitete und strukturelle Defizite der bundesstaatlichen Finanzordnung in historisch beispielloser Weise ausnutzte.

Die Einschnitte in die kommunalen Einnahmen (Bsp.: temporäre Erhöhung der Gewerbesteuerumlage) und die Aufgaben- und Kostenverlagerung auf die Kommunen (Bsp.: Grundversicherung, Kinderbetreuung) führten zum faktischen Aushöhlen des kommunalen Selbstverwaltungsrechts im Sinn von Artikel 28 Absatz 2 des Grundgesetzes. Die Union steuert dem entgegen und leitet eine strukturelle Entlastung der Kommunen ein.

**Peter Götz** ist der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

## Union setzt auf nachhaltige Familienpolitik

**Die Union setzt mit ihrem Wahlprogramm zwei Schwerpunkte:**

Vorfahrt für Arbeit und Vorfahrt für Familien. Die Schaffung von Arbeitsplätzen ist eine wichtige Voraussetzung für eine nachhaltige Familienpolitik, denn sie gibt Familien Sicherheit und Vertrauen in die Zukunft. Damit junge Menschen Zukunftschancen haben und Familien wieder mehr Entscheidungsspielraum bekommen, brauchen wir eine Politik für mehr Wachstum, d.h.: Wachstum an Wissen, Wachstum an Können, an Teilhabe, an Verlässlichkeit und an Vertrauen.

Die Union tritt für eine nachhaltige Familienpolitik ein, die die Erziehungsleistungen von Eltern im Steuerrecht und in den Sozialversicherungen höher bewertet.

Mit einem neuen Grundfreibetrag von 8.000 Euro pro Familienmitglied und unter Berücksichtigung sonstiger pauschaler Abzüge bleibt eine Arbeitnehmerfa-

milie mit zwei Kindern bis zu einem Einkommen von rund 38.200 Euro im Jahr einkommenssteuerfrei.

Wer Kinder erzieht und Beiträge in die Rentenversicherung zahlt, wird heute doppelt belastet. Wir wollen mehr Generationengerechtigkeit verwirklichen. Daher führt die Union ab 1.1.2007 für neugeborene Kinder einen Kinderbonus von monatlich 50 Euro als Beitragsermäßigung in der Rentenversicherung ein.

Für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird die Union den Ausbau der Kinderbetreuung voran bringen und sich für die Schaffung familienfreundlicher Arbeitsplätze einsetzen. Frauen und Männer, die ihre Kinder selbst betreuen oder nahe Angehörige pflegen wollen, unterstützen wir mit einem einen Anspruch auf Teilzeitbeschäftigung.

Damit Vertrauen und Verlässlichkeit insbesondere in der jungen Generation wieder wachsen kann, brauchen wir einen konsolidierten Haushalt. Dies ist die wichtigste Voraussetzung dafür, um unseren Kindern einen optimalen Start ins Leben bieten zu können.

Zur Bekämpfung der Misere am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt müssen wir die Rahmenbedingungen für



Maria Eichhorn

mehr Ausbildung in Deutschland verbessern. Die von Rot/Grün vorgesehene Ausbildungsplatzabgabe, die mehr Bürokratie, aber keine zusätzlichen Lehrstellen schafft, hat sich als falscher Weg erwiesen.

**Maria Eichhorn** ist die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend der CDU/CSU-Bundestagsfraktion,

### Vertriebene, Spätaussiedler und deutsche Minderheiten haben von Rot-Grün nichts zu erwarten

**Mit der Veröffentlichung des Wahlmanifestes der SPD steht fest: Die Heimatvertriebenen, Spätaussiedler und deutschen Minderheiten haben nach einer möglichen Bundestagswahl von Rot-Grün ge-**

### nauso wenig zu erwarten wie in den vergangenen sieben Jahren.

An keiner Stelle des Wahlmanifestes der SPD sind diese wichtigen gesellschaftlichen Gruppen auch nur mit einem Wort erwähnt. Nicht in den Aussagen der SPD zur Außen- und Europapolitik, obwohl den Heimatvertriebenen und den deutschen Minderheiten in den Ländern, in denen sie leben, eine wichtige Brückenfunktion im Zusammenleben mit der jeweiligen Mehrheitsbevölkerung zukommt. Nicht in den Aussagen der SPD zur Innenpolitik, obwohl Millionen Menschen in Deutschland heute noch zu diesen Schicksalsgruppen gehören.

Auch spielen die berechtigten Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen weder in bundespolitischer Hinsicht noch im internationalen Rahmen für die SPD irgendeine Rolle.

Demgegenüber bekennen sich CDU und CSU in ihrem Regierungsprogramm zu den Heimatvertriebenen und den deutschen Volksgruppen. Ihre Brückenfunktion bei der Zusammenarbeit mit unseren östlichen Nachbarn wird hervorgehoben.

Obwohl sich das Regierungsprogramm von CDU und CSU auf einige Kernbe-



Erwin Marschewski

reiche beschränkt, setzt es sich mit dem Komplex von Vertreibung auseinander und bekennt sich zu einem 'Zentrum gegen Vertreibungen' in Berlin als Beitrag, Vertreibungen für immer zu ächten.

Die vergangenen knapp sieben Jahre rot-grüne Politik im Bund waren für die Heimatvertriebenen, Spätaussiedler und deutschen Minderheiten verlorene Jahre.

Ein Politikwechsel in diesem Aufgabenbereich ist dringend notwendig und überfällig.

CDU und CSU werden auch weiterhin für die berechtigten Anliegen der Heimatvertriebenen, Spätaussiedler und deutschen Minderheiten eintreten

**Erwin Marschewski** ist der Vorsitzende der Arbeitsgruppe 'Vertriebene und Flüchtlinge' der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

## Regierungsprogramm CDU/CSU

**Deutschlands Chancen nutzen** | Arbeitsmarkt | Mehr Arbeit – mehr Wachstum | Steuern | Familie | Innere Sicherheit | Generationengerechtigkeit | Sozialsysteme | Außenpolitik | Aufbau Ost

# Deutschlands Chancen nutzen

**Rot-Grün ist gescheitert. Ein „Weiter so“ kann es nicht geben. Das Regierungsprogramm von CDU und CSU „Deutschlands Chancen nutzen. – Wachstum. Arbeit. Sicherheit.“ steht für einen echten Politikwechsel in Deutschland.**

Die Union steht für einen Wechsel zu:

- **Klarheit und Verlässlichkeit:** Wir sagen den Menschen vor der Wahl, was wir nach der Wahl tun werden – auch wenn dazu unbequeme Wahrheiten gehören.
- **Arbeit und Wachstum:** Für uns hat das Vorfahrt, was neue Arbeitsplätze bringt oder vorhandene Arbeitsplätze sichert. Jede Maßnahme werden wir daran messen. Mehr Arbeit braucht neues Wachstum.
- **Zukunft für Familien und Kinder.** Unsere Kinder und Enkelkinder sollen optimale Startchancen haben: mit erstklassiger Bildung, mit soliden Staatsfinanzen, mit Gerechtigkeit bei der Alterssicherung.
- **Zuversicht und Chancen:** Wir wollen, dass Deutschland zu den Gewinnern der Globalisierung gehört. Was andere Länder können, kann Deutschland auch – mit einer besseren Politik. Bessere Politik bringt bessere Ergebnisse. Das zeigt auch der Vergleich zwischen den Bundesländern: Wo die Union regiert, geht's den Menschen besser.

Das vollständige Regierungsprogramm von CDU und CSU finden Sie unter [www.regierungsprogramm.de](http://www.regierungsprogramm.de).

Besser für die Menschen.

**CDU**

Das sagt die Presse zum Regierungsprogramm der Union:

## „Klare Zielvorstellung“

*Sächsische Zeitung, 11.07.*

„So viel Wahrheit und Klarheit wie [Angela Merkel] hat schon lange kein Kanzlerkandidat mehr gewagt. [...] Merkel zieht einen wohltuenden Schlussstrich unter diese Tradition der totalen Wirklichkeitsverweigerung im Wahlkampf.“

*Handelsblatt, 11.07.*

„Familien werden ab 2007 bei der Steuer und den Rentenbeiträgen entlastet.“

*BILD, 12.07.*

„Die Autoren sind nicht der Versuchung erlegen, bei den wirklichen Problemfeldern nur Wischi-Waschi-Worthülsen ohne Fakten, Zahlen und Termine zu nennen. Das Unions-Wahlprogramm liefert eine klare Zielvorstellung – und eine solide Grundlage für die ehrliche Diskussion über die Wege dahin.“

*Sächsische Zeitung, 11.07.*

„Wie in anderen Ländern soll die Mehrwertsteuer an Bedeutung gewinnen. Im Gegenzug könnten die Sozialabgaben sinken, so dass Last von Arbeitsplätzen genommen würde. Arbeit soll also billiger werden, damit wieder mehr davon in Deutschland entsteht. [...] Mit einem Regelsatz von 16% [Mehrwertsteuer] liegt Deutschland in der EU am unteren Ende.“

*Frankfurter Rundschau, 12.07.*

„Das ist kein Gute-Laune-Programm; aber hier löst Frau Merkel das Versprechen der Ehrlichkeit in der Politik ein. [...] Respekt.“

*Märkische Oderzeitung, 12.07.*

„Mangelnden Mut kann man den Verfassern dieses Programms nicht vorwerfen. Wer bei Arbeitslosigkeit, Staatsfinanzen und Sozialsystemen den zentralen Sanierungsbedarf des Landes sieht, kommt an zentralen Punkten der Union nicht vorbei.“

*Münchener Merkur, 12.07.*

„Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik verspricht eine Partei, die sich um ein Regierungsmandat bewirbt, den Bürgern keine Geschenke, sondern Schweiß und Lasten. Sie stellt sich der Verantwortung, die Ärmel hochzukrempeln und den Karren aus dem Dreck zu ziehen.“

*Fuldaer Zeitung, 12.07.*

Besser für die Menschen.

**CDU**

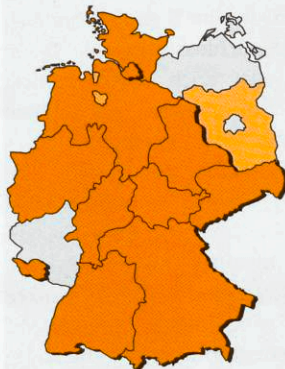


# „Wo die Union regiert, geht es den Menschen besser“.

**Auf dieses Fazit können die Ergebnisse der Studie der Bertelsmann Stiftung zum Bundesländer-Standortvergleich vom Juni dieses Jahres gebracht werden. Mit der Union in der Regierungsverantwortung entstehen die attraktivsten und fortschrittlichen Standorte. Denn dort geht es mit der Wirtschaft aufwärts und steigt die Lebensqualität. In Bundesländern dagegen, in denen die derzeit populistisch hervortretenden Linksparteien regieren, geht es den Menschen schlechter.**

Wie auch in den Jahren zuvor bilden vier unionsgeführte Bundesländer das Spitzenquartett. Hamburg belegt zum dritten Mal in Folge die Spitzenposition. Deutlich verbessern konnte sich das wieder zweitplatzierte Bayern, gefolgt von Baden-Württemberg und Hessen.

Das Urteil über Hamburg spricht für sich: „Die Aufbruchstimmung in der Hansestadt ist mit den Händen zu greifen.“ Von der hohen Wirtschaftskraft und dem mit Abstand höchsten Pro-Kopf-Einkommen profitieren die Hamburger Bürger. Baden-Württemberg beeindruckte



durch die niedrigste Arbeitslosenquote, steigende Erwerbstätigkeit, geringste Insolvenzhäufigkeit und eine vorbildliche finanzielle Ausstattung der Hochschulen. Bayern glänzt durch überdurchschnittliche Wachstumsdynamik, die höchste Frauenerwerbstätigenquote und das höchste Sicherheitsniveau.

Hessen ist neben vielen anderen herausragenden Qualitäten absolute Spitze bei der Infrastruktur. Das Land bietet sehr gut ausgebauten Schienen- und Autobahnnetz und die „Arbeitsplatzmaschine“ Frankfurter Flughafen. Das zeigt einmal mehr, dass ideologiefreie Politik für die Menschen gut ist. Dagegen fügen politische motivierte Blockaden beim

Ausbau der Verkehrsinfrastruktur – wie sie bis zum Regierungswechsel im ehemals rot-grün regierten Schleswig-Holstein Gang und Gäbe waren – der Wirtschaft und damit den Bürgern enormen Schaden zufügt.

Deutlich aufwärts ging es in den unionsregierten ostdeutschen Bundesländern Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt. Sachsen ist der ostdeutsche Spitzenreiter. Es hat die höchste Erwerbstätigenquote in Ostdeutschland und die zweitniedrigste Pro-Kopf-Verschuldung in ganz Deutschland. Letzteres brachte Sachsen den Titel „finanzpolitisches Musterland“ ein. Thüringen ist Vorbild mit der geringsten Arbeitslosen- und Insolvenzquote in Ostdeutschland und deutschlandweit der besten Schüler-Lehrer-Relation. Sachsen-Anhalt hat unter der Regierung von Ministerpräsident Wolfgang Böhmer den Anschluss an die bundesdeutsche Wachstumsdynamik geschafft. Das Land zeichnet sich durch die mit Abstand beste Ausbildungsstellenrelation in Ostdeutschland und das umfassendste Ange-

bot von Kinderbetreuung in ganz Deutschland aus.

Niedersachsen ist seit dem Regierungswechsel im Jahr 2003 eine deutliche Trendumkehr vom Abwärts- zum Aufwärtstrend gelungen. Beim Amtsantritt von Ministerpräsident Christian Wulff war das Land laut Bertelsmann-Studie „in einem kritischen Zustand“ und bildete das Schlusslicht der westdeutschen Bundesländer. Mittlerweile ist es der CDU-FDP-Koalition gelungen, die Wachstumsücke zum Bundesdurchschnitt zu schließen und sogar eine günstigere Arbeitsmarktentwicklung als deutschlandweit zu erreichen.

In dieser Hinsicht kann Nordrhein-Westfalen von Glück sprechen, dass im Mai dieses Jahres der Wechsel zu einer unionsgeführten Regierung gelungen ist. Denn unter Rot-Grün verschlechterte sich das größte deutsche Bundesland gegenüber vorangegangenen Studien und anderen Ländern immer weiter. Entsprechendes gilt für Schleswig-Holstein. Die von SPD und Grünen zu verantwortenden Defizite, die von den Autoren der Studie bemängelt werden – unter anderem die ideologisch motivierte Blockade wichtiger Infrastrukturprojekte – werden in der neuen, von Peter

Harry Carstensen geführten Landesregierung, beseitigt.

Die SPD-PDS-geführten Bundesländer Berlin und Mecklenburg-Vorpommern bilden im Standortvergleich die Schlusslichter und fallen sogar noch weiter zurück. Zurückgefallen ist auch Nordrhein-Westfalen unter Rot-Grün. Das bestätigt einmal mehr: Die traditionellen Konzepte von SPD, Grünen und PDS führen abwärts. Rheinland-Pfalz, das einzige SPD-geführte Bundesland auf Erfolgskurs, geht dagegen mit traditionellen CDU-Strategien vor: weniger staatliche Regulierung und mehr Eigenverantwortung, Elitebildung und Förderung moderner Technologien.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Gutes Regieren ist möglich – das zeigen die unionsgeführten Landesregierungen. Sie setzen auf ideologiefreie, mutige und zukunftsgerichte Politik. Unionspolitiker verlassen ausgetretene Pfade und gehen neue Wege. Sie setzen auf Wettbewerb und stärken ihre landesspezifischen und regionalen Stärken. Sie fordern die Starken und fördern die Schwachen.

Durch diese verlässliche Politik ist Vertrauen und mit dem Vertrauen sind Arbeit, Wachstum, Lebensqualität und Zuversicht entstanden.

Hierfür stehen die Konzepte von CDU und CSU: Solide Finanzpolitik, angebotsorientierte Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, gezielte Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen sowie Investitionen in Zukunftsbranchen. Zusätzlich beflügelt wurde der Aufschwung in den Unionsländern durch leistungsorientierte Bildungspolitik, die Stärkung der Eigenverantwortung, gut ausgebaute Infrastruktur und die effektive Bekämpfung von Kriminalität. Die Bertelsmann-Studie bestätigt zudem, wie wichtig es ist, dass die Union sich von Werten leiten lässt und nicht nur verändert, sondern auch bewahrt. Dies gilt insbesondere auch hinsichtlich der Familienpolitik. Denn für ein gutes soziales Klima sind intakte Familienstrukturen wichtig.

Mittlerweile scheint nicht mehr die spannende Frage zu sein, ob die Union die besseren Konzepte hat oder besser regiert. Inzwischen ist ein Wettbewerb unter den unionsgeführten Bundesländern absehbar. Die Frage, ob es sinnvoll ist, wenn die Union in Bund und Ländern regiert, ist folglich wohl begründet mit Ja zu beantworten: Denn dort, wo die Union regiert, geht es den Menschen nachweislich besser.

## Niedersachsen

## „Vorfahrt für Arbeit und Beschäftigung“

Unter diesem Motto stand der Landesparteitag der CDU Niedersachsen in Emden. Das Motto ist gleichzeitig Titel des von den Delegierten mit großer Mehrheit verabschiedeten Leitantes, der sich unter anderem mit der Dauer des Arbeitslosengeldbezugs und dem Renteneintrittsalter beschäftigt und neben flexibleren und längeren Arbeitszeiten unter anderem die Abschaffung des Kündigungsschutzes in Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten sowie bessere Kinderbetreuungsmöglichkeiten fordert.

Politisches Handeln und Entscheiden müsse sich an der Frage ausrichten, welche Maßnahmen der Schaffung von Arbeitsplätzen dienen, fasste der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff die Forderungen zusammen. Rot-Grün sei an dem zentralen Problem Arbeitslosigkeit gescheitert.

Als wichtigste Aufgabe einer unionsgeführten Bundesregierung sehe er, bei den Menschen wieder Zuversicht zu verbreiten. Das, so Wulff, sei die entscheidende Voraussetzung, um



Christian Wulff und Angela Merkel

Foto: dpa

privaten Konsum und Investition anzukurbeln. Der stellvertretende Bundesvorsitzende warnte seine Partei vor „Siegessicherheit“ bei einer vorgezogenen Bundestagswahl. Es bestehe aber viel Anlass für „Siegessicherheit“.

„Das Erbe von Rot-Grün ist schwer“ bestätigte auch die Partei- und Fraktionsvorsitzende Angela Merkel. In den vergangenen sieben Jahren habe Deutschland rapide an wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und wirtschaftlicher Dynamik verloren. Die SPD sei nicht zukunftsfähig, weil sie den

Menschen nichts zutraue. Auch deshalb habe Rot-Grün versagt, resümierte Angela Merkel und rief ihre eigene Partei zu mehr Optimismus und Vertrauen in die Menschen auf. Im Falle eines Wahlsieges liege vor der Union eine „gigantische Aufgabe“, so Merkel. „Aber wir sagen vor der Wahl, was wir nach der Wahl machen werden. Das ist unser Markenzeichen“, sagte sie im Hinblick auf das Wahlprogramm der Unionsparteien.

Den Leitantrag der CDU Niedersachsen finden Sie unter: [www.cdu-niedersachsen.de](http://www.cdu-niedersachsen.de).

Volker Kauder:

## Eichels Phantastenhaushalt: Ein unmoralisches Angebot

**Man kann das von der SPD angebotene Haushaltsgesetz 2006 nur als unmoralisch bezeichnen. Einzig durch die Veräußerung weiteren Tafelsilbers des Staates im Wert von rund 30 Millionen Euro kann Eichel die Aufnahme neuer Kredite einigermaßen in Grenzen halten. Nach dem Motto: „Nach mir die Sintflut“ wird hier Bundesvermögen verschleudert.**

Deutschland lebt von der Substanz. Pro Tag muss der Bund über 100 Millionen

Euro Zinsen zahlen. Die Steuereinnahmen reichen in diesem Jahr erstmals nicht mehr aus, um die laufenden Ausgaben für Zinsen, Soziales und Personal zu decken. Damit wird dem Staat systematisch die Handlungsfähigkeit genommen – die Investitionsquote ist auf ein historisches Tief von unter zehn Prozent gesunken.

Die Schulden von heute sind aber nicht nur die Steuern von morgen, sondern sie sind auch ungedeckte



Volker Kauder

Schecks auf die Zukunft unserer Kinder. Wir müssen endlich eine Haushaltspolitik betreiben, die unseren

### ANGELA MERKEL TRIFFT SOLANA

**Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union muss weiter vorangetrieben werden.**

Darin waren sich die Partei- und Fraktionsvorsitzende Angela Merkel und der Generalsekretär des Europäischen Rates und Hohe Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Javier Solana, anlässlich eines Treffens in Berlin einig.

Im Mittelpunkt des Ge-

sprächs stand die aktuelle politische Entwicklung auf dem Balkan, im Nahen Osten, in Afghanistan und im Iran.

Frau Merkel und Javier Solana stimmten darin überein, dass unabhängig von den Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Ratifizierung des EU-Verfassungsvertrages die Ge-



meinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union weiter vorangetrieben werden müsse.

Kindern und Enkelkindern wieder Chancen für eine gute Zukunft gibt. Dazu gehört eine nachhaltige Senkung der Staatsquote, ein ausgeglichener Haushalt und eine Reduzierung der Ausgaben. Die SPD dagegen verspricht mit Elterngeld, Ausweitung der Pflegeversicherung und Anhebung der Leistungen für Arbeitslose das Blaue vom Himmel, ohne zu verraten, wie die Finanzierung aussehen soll.

Wenn Eichels Haushalt 2006 der Masterplan für die SPD-Finanzpolitik ist, dann zeigt sich hier der schlimme Ausgang der SPD-Wahlmärchen.

## MEISTER: MANIFEST ROT-GRÜNER HOFFNUNGSLOSIGKEIT

Das Bundeskabinett hat das Haushaltsgesetz 2006 des Bundesfinanzministers nur zur Kenntnis genommen und nicht verab-



Michael Meister

schiedet. Das zeigt zweierlei: Erstens hat die rot-grüne Bundesregierung das Arbeiten eingestellt. Zweitens distanziert man sich von dem Gesetzentwurf des Finanzministers und schwächt seine Position im Kabinett damit weiter. Im Haushaltsentwurf 2006

verbergen sich, wie in den Haushalten seit 2002, weitere Haushaltsrisiken im zweistelligen Milliardenbereich. Das vorgelegte Zah-

lenwerk ist damit ein erneuter Täuschungsversuch des Finanzministers, um den dauerhaften Verfassungsverstoß zu kaschieren. Die Neuverschuldung wird 2006 zum fünften Mal hintereinander die Verschuldungsgrenze des Art. 115 GG übersteigen.

## NATO-PARLAMENT: LAMERS ZUM FRAKTIONSCHIEF GEWÄHLT

**Karl A. Lamers ist neuer Vorsitzender der Gruppe der Konservativen, Christdemokraten und Assoziierten der Parlamentarischen Versammlung der NATO.**

Der Bundestagsabgeordnete aus dem Wahlkreis Heidelberg/Weinheim ist auf der Frühjahrestagung in Laibach (Slowenien) gewählt worden. „Ich übernehme diese verantwortungsvolle Aufgabe sehr gerne. In einer Zeit, in der angesichts neuer sicher-

heitspolitischer Herausforderungen, wie Terrorismus und Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada von grundlegender Bedeutung ist, sehe ich in dieser Aufgabe auch eine große persönliche Herausforderung,“ erklärte Lamers nach seiner Wahl. Der Parlamentarischen Versammlung der NATO gehören

insgesamt 248 ordentliche Mitglieder sowie 59 Delegierte aus assoziierten Staaten an. Der Deutsche Bundestag entsendet 12 ordentliche Mitglieder, der Bundesrat 6 ordentliche Mitglieder sowie eine gleich hohe Anzahl Stellvertreter.

Seit 3 Jahren steht Lamers an der Spitze der CDU/CSU-Delegation. Im NATO-Parlament leitet er den Unterausschuss NATO-Partnerschaften im Politischen Ausschuss.

## – Jetzt wieder lieferbar! –



### CDU Schirm

Durchmesser 180 cm

Bestell-Nummer: **0458**

Preis je **Stück: 38,00 €**

inkl. MwSt.: 44,08 €



### CDU-Luftballon

Bestell-Nummer: **9304**

Preis je **500 Stück: 30,00 €**

inkl. MwSt.: 34,80 €



**NEU!**

### Buntstifte jetzt im Komfortgriff

Die dreieckige Schaftform ist speziell auch für kleine Kinder – für einen besseren Halt – entwickelt worden.

### CDU-Buntstifte

intensive Farbkraft, bruch-, wisch- und wasserfest

Bestell-Nummer: **9250**

Preis je **10 Schachteln: 21,50 €**

inkl. MwSt.: 24,90 €

### CDU-ID-Band

Bestell-Nummer: **9833**  
 Preis je **20 Stück: 15,00 €**  
 inkl. MwSt.: 17,40 €



### Streichhölzer „60 Jahre CDU“ Schachtel-Set mit 20 verschiedenen Plakatmotiven

Bestell-Nummer: **9205**  
 Preis je 100 Stück: **8,50 €**  
 inkl. MwSt.: 9,86 €



### Kugelschreiber

Bestell-Nummer: **9204**  
 Preis je 100 Stück: **64,50 €**  
 inkl. MwSt.: 74,82 €



### Bleistift

Bestell-Nummer: **9036**  
 Preis je **100 Stück: 13,50 €**  
 inkl. MwSt.: 15,66 €



# UID

UBG  
Postfach 1190  
53348 Rheinbach  
PVSt, DPAG  
Entgelt bezahlt.



## Deutschlands Chancen nutzen. Regierungsprogramm 2005-2009

Bestell-Nummer: **5245**  
Preis je 50 Stück: **22,00 €**  
inkl. MwSt.: 23,54 €

### BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services  
Bertelsmann-Versandzentrum  
Postfach 1162, 33759 Versmold  
Telefax 05241-8041892  
e-mail:  
cdu-shop@bertelsmann.de